Bericht

des Rechnungshofausschusses

über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Solidaritäts- und Strukturfonds bei der Monopolverwaltung GmbH - Reihe BUND 2017/16 (III-22 der Beilagen)

Der gegenständliche Bericht erfolgte gemäß Art. 126d Abs. 1 zweiter Satz B-VG über Wahrnehmungen, die der Rechnungshof bei einer Gebarungsüberprüfung im Wirkungsbereich des

Bundesministeriums für Finanzen

betreffend Solidaritäts- und Strukturfonds bei der Monopolverwaltung GmbH getroffen hat.

Der gegenständliche Bericht des Rechnungshofes war mit der Beilagen-Bezeichnung III-370 d.B. (XXV.GP) bereits Verhandlungsgegenstand der XXV. Gesetzgebungsperiode, wurde in dieser Gesetzgebungsperiode jedoch nicht erledigt.

Gemäß Art. 28 Abs. 4 B-VG in Verbindung mit § 21 Abs. 1a GOG-NR sind Berichte des Rechnungshofes, die im Nationalrat der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode eingebracht und nicht erledigt wurden, Gegenstände der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates und der Vorberatung seiner Ausschüsse.

Dieser Bericht wurde in der 6. Sitzung des Nationalrates der XXVI. Gesetzgebungsperiode am 21.12.2017 mit der Beilagen-Bezeichnung III-22 d.B. (XXVI.GP) neuerlich dem Rechnungshofausschuss zugewiesen.

Der Rechnungshofausschuss hat den gegenständlichen Bericht in seiner <u>2. Sitzung am 31. Jänner 2018</u> zur Fristwahrung in Verhandlung genommen und nach der Berichterstattung durch den Abgeordneten Hermann **Gahr** die Beratungen vertagt.

Der Bericht wurde in einer weiteren Sitzung am 28. Juni 2018 behandelt.

7. Sitzung am 28. Juni 2018

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Johann **Singer**, Dr. Jessi **Lintl**, Wolfgang **Knes** sowie der Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen MMag. DDr. Hubert **Fuchs**, die Rechnungshofpräsidentin Dr. Margit **Kraker** und die Ausschussobfrau Abgeordnete Dr. Irmgard **Griss**.

Als Auskunftsperson im Sinne des § 40 Abs. 1 GOG war anwesend: Mag. Hannes **Hofer**, Geschäftsführer Monopolverwaltung GmbH

Bei der Abstimmung wurde <u>einstimmig</u> beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Rechnungshofausschuss somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Solidaritäts- und Strukturfonds bei der Monopolverwaltung GmbH - Reihe BUND 2017/16 (III-22 der Beilagen) wird zur Kenntnis genommen.

Wien, 2018 06 28

Hermann Gahr
Berichterstatter

Dr. Irmgard Griss

Obfrau